

Flucht- und Migrationsursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge – was können wir tun?

Vortrag von Cornelia Füllkrug-Weitzel, Vorstandsvorsitzende des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung auf der Jahresversammlung der Diakonie Bayern in Rosenheim, am 29.6.2015

Kein Mensch begibt sich ohne Not freiwillig auf die Flucht. Aber die Not ist häufig komplex und darum sind es auch die Ursachen, die Menschen zu Flüchtlingen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention machen.

Davon zu unterscheiden sind Migrationsursachen: Armut und Perspektivlosigkeit treiben Menschen auf die Suche nach einer besseren Zukunft für sich und ihre Kinder, lassen den Wunsch nach Migration entstehen. Sie unterliegen anderen völkerrechtlichen Bestimmungen.

Eine dritte Ursache ist der zunehmende Klimawandel, der Menschen in immer größeren Scharen aus ihrer unbewohnbar gewordenen Heimat ebenfalls zwangsweise vertreibt, ohne, dass diese Menschen von der UNO schon als Flüchtlinge anerkannt werden, aber auch ohne, dass sie freiwillig migrieren.

Gemeinsam ist diesen Menschen, dass sie mit der Entscheidung zu Flucht und Migration einen extrem schweren Weg antreten, der offensichtlich den wenigsten von uns bekannt ist, sonst würde nicht mit so viel negativer Unterstellung und Verachtung über Flüchtlinge und ihre Motive gesprochen.

I. Wo kommen die Flüchtlinge unter und was bedeutet es, Flüchtling oder Binnenflüchtling zu sein?

Die Flüchtlingsaufnahme ist global extrem ungleich aufgeteilt: 2014 wurden 9 von 10 Flüchtlingen – 86% - in Entwicklungsländern aufgenommen. Insgesamt ¼ der Flüchtlinge haben sogar in den allerärmsten Ländern der Welt (Least Developed Countries/LDCs) Aufnahme gefunden – in Ländern also, deren Bevölkerung selbst das Allernötigste fehlt! Für Syrien- und Irakflüchtlinge ist die Türkei das größte Aufnahmeland vor dem Libanon und Jordanien. Was den prozentualen Anteil von Flüchtlingen (woher auch immer) an der Bevölkerung betraf, schlug und schlägt der Libanon mit ca. 25 % allerdings Jordanien und die Türkei, gefolgt von Pakistan, Iran, Äthiopien, Kenia, Tschad, Uganda Die wenigsten Flüchtlinge finden Aufnahme in Flüchtlingscamps, weit über 80% sind auf Gebäuderuinen, leer stehende Lagergebäude, Garagen, Erdhöhlen oder Gastfamilien angewiesen.

Ausreichend versorgt werden selbst Menschen in Flüchtlingslagern immer seltener, weil dem Hohen UN Flüchtlingskommissar und dem Welternährungsprogramm von den Geberländern nicht genug Mittel zugesagt und noch viel weniger als versprochen dann auch wirklich zur Verfügung gestellt werden – beide UN-Organisationen sind chronisch unterfinanziert und schon gar nicht für einen solchen Flüchtlingsstrom mit ausreichend Mitteln ausgestattet. Das zu tun, wäre z.B. im Fall der Nachbarländer Syriens, das Minimum zur Verhinderung der Weiterwanderung nach Europa und dennoch tut Europa sich schwer. Alle anderen Flüchtlinge, also die ganz große Mehrheit, wird von niemandem versorgt, falls nicht Gastfamilien und -gemeinschaften mit ihnen freiwillig teilen – häufig aus ihrem eigenen Mangel heraus.

Was es bedeutet, auf der Flucht zu sein, haben wir in den letzten Monaten mit drastischen Bildern von Ertrunkenen und Ersticken vor Augen geführt bekommen und haben verstanden, wie lebensgefährlich Flucht sein kann: Flüchtlinge riskieren ihr Leben. Wie sehr sie auf der Flucht und an den Orten, an denen sie unterkommen, auch ihre Würde und ihre seelische und körperliche Unversehrtheit riskieren, davon wissen wir meistens nichts. Solange Flüchtlinge nicht registriert sind, ist kein Staat für die Wahrung ihrer Rechte, für ihre Versorgung und für ihren Schutz, verantwortlich und auch durch die UN-Hilfsorganisationen sind sie nicht erreichbar. Das macht sie ‚vogelfrei‘ – zu Opfern von Schlepperbanden und jeder anderen Form der Schattenwirtschaft im Zusammenhang von Zwangsprostitution, Sklavenarbeit, Organhandel, Zwangsadoption etc. Frauen und Kinder, die die absolute Mehrheit der Flüchtlinge global stellen, sind - zumal wenn unbegleitet - extremen Gefährdungen auf der Flucht ausgesetzt. Zugleich haben sie ‚kein Recht auf nichts‘: keinen Anspruch auf Versorgung, und keinen Zugang zu sozialen und medizinischen Diensten. Gleichzeitig begünstigen die hygienischen und sonstigen Bedingungen die Sterblichkeit von Gebärenden und Säuglingen sowie den Ausbruch von Seuchen. Krasse Mangel- und Unterernährung fördern Entwicklungsschäden und Geburtsprobleme. Kinder, Jugendliche und Studierende fallen für Jahre, die meisten endgültig, aus jedwedem Bildungssystem heraus. Einkommensmöglichkeiten existieren in den armen Aufnahmeländern schon für die einheimische Bevölkerung kaum, in den reichen Aufnahmeländern ist ihnen häufig der legale Zugang zu den offiziellen Arbeitsmärkten verwehrt. Das lässt ihnen den ‚Markt der Schattenwirtschaft‘ oft als einzigen Ausweg erscheinen. Waren die Erlebnisse, die ihre Flucht ausgelöst haben, häufig schon traumatisierender Art, so ist es die Flucht mit ihren Unsicherheiten, Entbehrungen, Entehrungen und Verletzungen, mit Gewalt-, Missbrauchs- und sonstigen Erfahrungen für die meisten ganz gewiss – speziell für allein reisende Frauen und Kinder. Kinder, die auf der Flucht geboren werden, vergrößern in der Regel das Heer der ohnehin schon 10 Mio. staatenloser Menschen auf dieser Erde, was sie u. U. lebenslang in die Illegalität drängen kann.

II. Flucht- und Migrationsursachen

1. Fluchtursachen liegen zum einen in schlechter Regierungsführung: Systematische Menschenrechtsverletzungen oder Diskriminierung, fehlender Minderheitenschutz, mangelnde Chancen zur politischen und ökonomischen Teilhabe sind individuelle oder gruppenbezogene Fluchtgründe, die von den jeweiligen Regierungen zu verantworten sind.

Auch die gegenwärtigen großen Fluchtwellen – gewaltsame Konflikte, Kriege und Vertreibung religiöser oder ethnischer Gruppen – werden meist von den Regierungen und/oder Akteuren vor Ort ausgelöst. Freilich sind Ausmaß und Entwicklung keines der gegenwärtigen großen Kriege ohne massive Interessen und mehr oder weniger direkte Einflussnahmen fremder Regierungen zu denken. Geostrategische Interessen spielen hier eine so große Rolle, dass man von Stellvertreterkriegen sprechen kann. Im Mittleren und Nahen Osten geht es um die Vormachtstellung zwischen Saudi Arabien und Iran, oder anders formuliert zwischen Sunniten und Schiiten und ihren jeweiligen Verbündeten im Land, in der Region und global. Aber auch amerikanische und europäische geostrategische und Wirtschafts-Interessen verbinden sich damit.

2. Chronische Armut und Hunger als Migrationsursachen sind zu einem Teil ebenso Folgen schlechter Regierungsführung. Zugleich werden sie aber auch durch Entwicklungen begünstigt, auf die die jeweilige Regierung wenig Einfluss hat. Dazu zählen ungerechte internationale Handelsbedingungen, sowie aggressive Strategien global agierender Konzerne und fremder Regierungen zur Rohstoff- und

Ressourcensicherung (wie die jüngste Form des internationalen ‚Landgrabbing‘, das einheimischen Bauern ihres Landes – im nicht-juristischen Sinne – ‚ent-eignet‘ und damit der Region die Einkommens- und Nahrungsgrundlage entzieht). In diesem Zusammenhang wäre der Begriff ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ passend – und zwar in dem Sinne, dass diese Menschen durch die aggressive und unfaire Durchsetzung - z.B. europäischer, aber auch amerikanischer oder chinesischer - Wirtschaftsinteressen ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden und sich nicht mehr auf ihrem Boden halten können.

III. Flucht- und Migrationsursachen entgegen wirken

Die Bekämpfung der Flucht- und Migrationsursachen muss klaren Vorrang vor Abwehrpolitik und der Auslagerung von Flucht- und Migrationskontrolle an Drittstaaten bekommen – auch wenn dies nicht, bzw. nicht in allen Fällen zu einem unmittelbaren Rückgang der Flüchtlingszahlen führt. Eine u.a. von Brot für die Welt im Dezember 2013 veröffentlichte Studie „Im Schatten der Zitadelle. Der Einfluss des europäischen Migrationsregimes auf Drittstaaten“ zeigt mit exemplarischen Fallstudien, wie sich die europäische Politik der Auslagerung von Flucht- und Migrationskontrolle an Drittstaaten fatal auf Schutzsuchende auswirkt, die Gesellschaften und die politische Entwicklung in den Transit- und Herkunftsländer negativ beeinflusst, den sozialen Zusammenhalt in den betroffenen Gesellschaften gefährdet, nachhaltige Entwicklungspotentiale dort zerstört und so neue Unsicherheit – und mithin auch neue Fluchtgründe ! - schafft. Der Teufel würde mit dem Beelzebub ausgetrieben.

Wie aber wäre den Flucht- und Migrationsursachen entgegen zu wirken?

Flucht- und Migrationsursachenbekämpfung benötigt definitiv mehr Entwicklungshilfe. Aber die Ursachen können keineswegs nur durch Entwicklungshilfe wirkungsvoll bekämpft werden. Die unseligen und unsinnigen Anklagen gegen die Entwicklungshilfe wegen deren vermeintlicher Wirkungslosigkeit weisen ja auf einen richtigen Punkt hin: Entwicklung kann nicht stattfinden, wenn bzw. solange der Entwicklung eines Landes von außen permanent die wirtschaftliche Basis entzogen wird. Diesen Fluchtursachen müssen wir natürlich mit deutlich mehr öffentlicher Entwicklungshilfe begegnen. Aber sie allein wird nicht ausreichen, vielmehr muss ihnen mit allen politischen Ressorts entgegengewirkt werden, deren Handeln Auswirkungen auf Entwicklungsländer hat: Deutschland ist mit den Auswirkungen seiner Agrar-, Außenwirtschafts-, Handels-, Rohstoff-, Energie- und Klimapolitik wie mit seinen Waffenexporten an den Fluchtursachen beteiligt und kann mit einer fairen Gestaltung der eigenen und der europäischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und mit einem entschiedenen Eintreten für ein ambitioniertes Klimaabkommen in Paris im Dezember einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass weniger Menschen ihre Heimat unfreiwillig verlassen müssen oder keinen anderen Ausweg sehen, als zu migrieren. Hilfreich dazu wäre eine kohärente Ausrichtung aller außenwirksamen Politik Deutschlands daraufhin, dass sie in anderen Teilen der Welt nicht die Menschenrechte verletzen, nicht Gewalt anheizen, nicht die wirtschaftliche und soziale Entwicklung untergraben. Das aber würde ein anderes als rein markt-liberales Paradigma globalen Wirtschaftens bedeuten.

Eine solche Kohärenzforderung bezüglich der Auswirkungen allen Regierungshandelns auf die Menschenrechts- und Armutslage stellen die Kirchen und ihre Werke in Deutschland schon lange. Sie ist auch im EU-Lissabon-Vertrag verankert. Mit Blick auf die erwünschte Verringerung der Fluchtgründe erhält sie neue Dringlichkeit - wenn sie auch keine kurzfristige Wirkung entfalten wird. Aber unsere heutigen politischen Entscheidungen stellen die Weichen für die Flüchtlingsbewegungen der Zukunft. Zur Fluchtursachenbekämpfung könnten z. B. ein nationaler Umsetzungsplan für die UN-

Leitlinien zu Wirtschaft und Menschenrechten beitragen, sowie der Einsatz für eine verpflichtende Zertifizierung von Mineralien und Rohstoffen aus Konfliktmineralien, die entlang der gesamten Lieferkette sicherstellt, dass Schürfung und Handel nicht Menschenrechtsverletzungen und Gewalt auslösen, bzw. direkt oder indirekt begünstigen oder dienen. So könnte der ‚Wirtschaftsflucht‘, also der Flucht vor fatalen Auswirkungen der eigensüchtigen machtvollen Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen anderer Länder oder global agierender Konzerne in Entwicklungsländern, wirklich wirkungsvoll entgegengetreten werden -nicht mit Sperranlagen und Zuschauen beim ‚Schiffe versenken‘ internationaler Schieber (wohl eher Menschenhändler).

Schließlich könnte Deutschland auch mit seinem Engagement auf UN-Ebene für eine menschenrechtsbasierte nachhaltige globale Entwicklung (die im September 2015 auf der Agenda der UN-Vollversammlung steht, wenn es um die neuen, nachhaltigen Entwicklungsziele geht) und mit einem ehrgeizigen eigenen Umsetzungsplan dieser Ziele langfristig zur Fluchtursachenbekämpfung beitragen. Ebenso wäre eine der Wirtschaftskraft und dem Verursacherprinzip angemessenerer (als der gegenwärtig von der Bundesregierung vorgesehene) Beteiligung an der internationalen Entwicklungs- und Klimafinanzierung ein wichtiger Beitrag dazu, Menschen in ihrem eigenen Land Existenzperspektiven zu erhalten oder neu zu eröffnen. Die dürftigen Ankündigungen der Bundesregierung auf dem G7 Gipfel, bei der Entwicklungsfinanzierungskonferenz im Juni in Adis Abeba und vor dem Klimagipfel in Paris reflektieren das bisher nicht: Deutschland ist – trotz vieler öffentlicher Schwüre der Kanzlerin, wie wichtig dieses Ziel sei - mit gegenwärtig 0,4 % noch sehr weit davon entfernt, 0,7 % des Bruttonationalproduktes in Entwicklung zu investieren, vermeidet systematisch eine Selbstverpflichtung auf des Zeithorizont dieses Zieles und schwört dabei außerdem noch auf private Investitionen statt auf öffentliche Mittel!

Ich möchte diese mehr allgemeinen Ausführungen nun an zwei Beispielen vertiefen: Flucht infolge von Krieg, Gewalt, Verfolgung von Minderheiten und Flucht/Migration infolge des Klimawandels.

IV.1. Gewaltkonflikte, (Bürger)-Kriege, Verfolgung

a. Facts and Figures

Wir leben in einer Zeit beispielloser Massenflucht und-vertreibung: Im Sommer 2015 zählte der UNHCR ca. 60 Millionen Menschen, die sich vor Kriegen, Konflikten und Verfolgung auf die Flucht begeben haben – davon mehr als die Hälfte, nämlich 38,2 Millionen, innerhalb des eigenen Landes als sog. ‚Intern Vertriebene‘ (Internally Displaced People, IDPs). Das sind fünfmal so viele wie 2006 und erlebten eine ungeheure Steigerungsrate alleine seit Anfang 2014: im Jahr 2014 begaben sich täglich 42.500 Menschen mehr auf die Flucht, ab dem Sommer 2015 dürfte diese Zahl noch einmal erheblich gestiegen sein. Gleichzeitig konnten im Jahr 2014 nur 126.800 Flüchtlinge täglich in ihre Heimat zurück- das ist die niedrigste Rückkehrerquote seit 31 Jahren.

77% der Flüchtlinge im Sommer 2015 kommen aus 10 Ländern: Syrien, Afghanistan, Somalia, Sudan, DR Kongo, Myanmar, Zentralafrikanische Republik, Irak, Eritrea.

In Syrien sind im Sommer 2015 mind. 12,2 Millionen Menschen aufgrund von Bombenterror, Scharfschützen und entfesselter Gewalt auf humanitäre Hilfe angewiesen, denn ¾ der noch dort lebenden Bevölkerung gilt als arm, 54% der Bevölkerung sogar als extrem arm. 7,6 Millionen der

Armen sind Intern Vertriebene. Humanitärer Zugang besteht aber nur zu 4,8 Mio der Hilfsbedürftigen, weil die andauernden Kriegshandlungen ihn unmöglich machen. Nur ca. 50% der Kinder können in Syrien im Juni 2015 noch eine Schule besuchen. Ca. 4 Mio. sind außerhalb Syriens auf der Flucht. Die Entwicklung Syriens wurde nach 5 Jahren Bürgerkrieg bis zum Sommer 2015 bereits um geschätzte 40% zurückgeworfen.

b. Häufige Konfliktursachen:

Rohstoffkonflikte: In vielen Ländern – vor allem – Afrikas sind in den letzten beiden Jahrzehnten neue Konfliktsituationen und Phänomene entstanden, die ein ungeheures Maß an Gewalt und Menschenrechtsverletzungen produzieren. Sie entstehen im Zusammenhang mit der legalen und illegalen Ausbeutung und Vermarktung von wertvollen Rohstoffen wie Erdöl, Diamanten, Coltan, Gold, Holz. So heterogen die Regionen und Rohstoffe, so homogen das Kernproblem: Es handelt sich bei den rohstoffreichen Ländern oft um die sozial, politisch und wirtschaftlich ärmsten Staaten der Erde, in denen Gewalt, Korruption, Hunger und Menschenrechtsverletzungen für viele Menschen an der Tagesordnung sind. Die Nachfrage nach diesen wertvollen Bodenschätzen trägt bereits jetzt massiv zu Konflikten bei und lässt eine Zunahme der Ressourcenkonflikte befürchten. Der legale und illegale Abbau von Rohstoffen trägt über vielfältige Weise zur Verschärfung oder Verlängerung bestehender Konflikte und zur Entstehung neuer Konflikte bei. Das persönliche Profitinteresse der kriegsführenden Parteien führt zu einer Privatisierung des Krieges: im Zentrum stehen seltener politische Interessen, sondern die persönliche Bereicherung der Warlords. Über den internationalen globalisierten Markt haben die kriegsführenden Parteien gute Chancen, die von ihnen kontrollierten Rohstoffe abzusetzen und damit ihre Kriege zu finanzieren. So ermöglichten beispielsweise westliche Ölkonzerne die Weiterführung des Krieges in Angola, weil sie auch in Bürgerkriegszeiten Öl förderten und damit der angolanschen Regierung die nötige Liquidität verschafften. Gleichzeitig finanzierten sich die Rebellen mit dem Verkauf von Diamanten auf dem Schwarzmarkt.

Konflikte um Land und Wasser: Konflikte entstehen in diesen Jahren aber auch im Zuge der Konkurrenz um rarer werdende natürliche Ressourcen wie Land und Wasser. Sie sind u.a. auch eine Folge des Klimawandels, der diese Ressourcen immer rarer macht. Weil die Ressource Land immer rarer wird, gleichzeitig im Zuge des Ansturms auf agrofuel und im Zuge der green economy allgemein die Nachfrage immer größer, kommt es auch zunehmend zu Konflikten zwischen Kleinbauern, die ihre Region und ihre Familie seit Jahrzehnten von einem Stück Land bewirtschaften, dass in keinem Bodenkataster verzeichnet ist, da es dergleichen in den meisten Ländern nicht gibt.

c. Was tun?

A. Aktive Friedenspolitik und b. Konfliktursachenbekämpfung ist Fluchtursachenbekämpfung!

Mit der Zunahme von militärischen Interventionen wächst die Vorstellung, dass Frieden ‚von oben‘ hergestellt werden kann. Es gibt aber bisher keinerlei Nachweis effektiver nachhaltiger Konfliktbewältigung in den neueren Kriegen dieses Jahrtausends durch militärische Interventionen. Wohl aber konnten 2014 40 Prozent aller Konflikte ¹, die schon gewaltsame Züge angenommen hatten, mit gewaltfreien Maßnahmen wieder de-eskaliert und schließlich politisch gelöst werden.

Militärische Interventionen können niemals von sich aus Frieden herstellen, sie können bestenfalls die Waffen zum Schweigen bringen. Die mühsame Aufgabe des gerechten Interessenausgleichs, des Abbaus krasser sozialer Ungleichheit, der Versöhnung, der Schaffung friedensfähiger politischer und

¹ Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (Hg.), 2015: Konfliktbarometer 2014.

gesellschaftlicher Strukturen und nachhaltiger Entwicklung ist jedoch nur politisch zu lösen und muss im Wesentlichen von der betroffenen Gesellschaft und Regierung selbst geleistet werden. Frieden muss ‚von innen‘ wachsen². Diese Aufgabe ist langfristig von Natur und beginnt allerspätestens, wenn Spannungen sichtbar werden und kann zur Gewaltverhinderung beitragen, wenn sie entschieden und massiv über Jahrzehnte unterstützt wird. Das beinhaltet die umfangreiche gezielte Förderung und Unterstützung lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure im Bereich Friedenserziehung, Konfliktprävention, gewaltfreie Mediation, Versöhnungsarbeit etc.

Deutschland sollte mit seinen wissenschaftlichen Instituten zur Politikberatung mehr Kapazität aufbauen, um Konflikttrends/sich aufbauende Konfliktdynamiken frühzeitig zu antizipieren und dann – in einer Art systematisierter Chancensanalysen - in der jeweiligen gegebenen Konfliktkonstellation konstruktive Prozesse, Akteure und Strukturen in Zivilgesellschaft und Politik in der betroffenen Region/Land zu identifizieren: Statt ständig hinter Risiken hinterher herzulaufen und in Sicherheitsszenarien und Ausrüstung für den worst case militärischer Intervention Aufmerksamkeit und Ressourcen zu investieren, sollten gesellschaftliche und politische Selbstheilungskräfte frühzeitig mobilisiert und gestärkt werden. Im bereits eingetretenen Krisenfall wäre aktive Diplomatie ohne ideologische Scheuklappen unumgänglich. Leider galten seit 9/11 mit dem sog. ‚Krieg gegen den Terror‘ international von den USA vorgegebenen Dialogverbote mit sog. Islamisten, die zu einer langen Ausgrenzung islamischer Akteure aus den Friedensbemühungen in vielen Ländern und damit zu vielen verpassten Konfliktschlichtungsmöglichkeiten zu einem frühzeitigen, noch aussichtsreichen Zeitpunkt beigetragen haben – z.B. in Somalia oder in Afghanistan.

Es gilt, wie in der Deklaration zur neuen globalen Entwicklungsagenda und Ziel (SDG) 16 hervorgehoben wird, „die Anstrengungen in Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung zu verdoppeln“. Im nationalen Umsetzungsplan der SDGs sollte die Bundesregierung sich also dazu verpflichten, mindestens 1 Prozent BIP in Frieden und Entwicklung zu investieren – plus zusätzlicher Klimafinanzierung. Krisenprävention und Friedensförderung gehören ins Zentrum deutscher Politik. Dafür wäre es hilfreich, endlich ein Leitbild zur Friedenspolitik zu erarbeiten, Ressourcen für konflikt sensible Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, flexiblere Finanzierungsinstrumente für Friedensförderung zu stärken und für den Gesamtbereich deutlich mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Deutschland sollte die beiden internationalen Verträge, die den Waffenhandel begrenzen sollen, NPT und ATT, aktiv umsetzen und endlich eine deutlich striktere Rüstungsexportpraxis walten lassen. Es braucht klare Regelungen für eine schrittweise Verringerung von Exporten durch alle Exportländer und eine effektive Endverbleibskontrolle von deutschen Rüstungsexporten! Deutsche Waffen nach Saudi-Arabien tragen in Libyen und Mali gerade dazu bei, neue Flüchtlingsströme zu generieren. Eine besonders dringende Aufgabe ist die massive Einschränkung der Verbreitung von Kleinwaffen - in Richtung eines generellen Export-Verbotes von Kleinwaffen. Deutschland ist immerhin einer der fünf größten Kleinwaffenexporteure der Welt.

Internationale Verhandlungen, die zum Ziel haben, internationale Finanzströme (SDG 16.4) durch globale Regelungen zu unterbinden, um damit die Finanzierung gewaltsamer Konflikte einzudämmen, wären ebenso wie eine ambitionierte EU-Gesetzgebung zu Konfliktrohstoffen, die die Rohstofflieferketten aus Konfliktländern transparent und kontrollierbar machen, damit Gewaltökonomien das Wasser abgegraben werden kann (incl. der der IS) notwendig.

Maßnahmen und Gesetzesvorhaben, die das globale wirtschaftliche Handeln an die Einhaltung von Menschenrechten, ILO-Standards und Umweltstandards etc. binden, würden ebenso zur Konfliktursachenbekämpfung beitragen. Bezüglich der Landkonfliktkategorie gälte es z.B., sich für die Umsetzung der Freiwilligen Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Boden, Forsten etc.

² Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (Hg.), 1999: "Frieden muss von innen wachsen - Zivile Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit".

einzusetzen.

Und schließlich **Syrien**: Die Zahl der Flüchtlinge wird sich nicht verringern, solange keine erfolgversprechenden politischen Bemühungen in Sicht sind, den Bürgerkrieg zu beenden. Humanitäre Korridore – so dringend sie benötigt werden, geben den Leuten keine Perspektive. Und sie wird sich rapide steigern, solange die Nachbarländer Syriens so gnadenlos mit den Massen an Flüchtlingen alleine gelassen und überfordert sind. Das heißt zum einen: der Krieg in Syrien muss endlich beendet werden mithilfe eines – international vermittelten – Abkommens. Dieses muss nicht nur die wichtigen syrischen Akteure einbeziehen, sondern auch die großen Mächte, die auf syrischem Boden einen Stellvertreterkrieg austragen oder ihre eigenen politischen Interessen dort verfolgen. Dazu bedarf es umfangreicher internationaler diplomatischer Bemühungen und erheblichen Drucks. Das heißt zum anderen, die internationale Solidarität mit den Nachbarländern Syriens, um die humanitäre Krise kurz- und mittelfristig zu bewältigen und die Flüchtlinge in das Sozial- und Bildungssystem und den Arbeitsmarkt (wo möglich) zu integrieren, muss erheblich und auf lange Perspektive ausgeweitet werden und das internationale humanitäre Hilfssystem ausreichend finanziert werden. Dazu müssen die westlichen Geber ebenso beitragen, wie die BRICS- und vor allem die Staaten der Golfkooperation.

IV. 2. Flucht infolge des Klimawandels

a. Facts and Figures

Über die Zahl gegenwärtiger und erwarteter „Klimaflüchtlinge/-migranten“ gibt es bisher kaum valide Zahlen. Schätzungen aus den Jahren 2006-2009 gingen davon aus, dass sich die Zahl der „Klimaflüchtlinge“ im Jahr 2050 aufsummiert haben wird auf 200-300 Millionen. Aber allein in den Jahren 2009-2010-2013 mussten 81 Millionen Menschen aus diesem Grund ihre Heimat bereits verlassen. Im Jahr 2013 allein wurden 22 Mio. Menschen temporär oder dauerhaft zur Aufgabe ihrer Existenz durch klimabedingte Katastrophen (die meisten in Asien) gezwungen – dreimal soviel wie damals global durch Konflikte.

Die Welt befindet sich auf einem Erderwärmungskurs, der ihr zum Ende des 21. Jh. eine 4-6-gradige Erwärmung (gegenüber dem vorindustriellen Niveau) bescheren wird, wenn wir die Chancen zur Begrenzung nicht jetzt mit entschiedenen und ambitionierten Emissionsbegrenzungszielen und -maßnahmen wahrnehmen.

Der Klimawandel erscheint vielen von uns – zeitlich und räumlich - weit weg (mit Ausnahme der Bewohner der Elbregion und einiger Flussregionen in Bayern). Faktisch entfaltet er seine verheerenden Wirkungen aber schon jetzt und nehmen seine Folgen unablässig spürbar zu. Zu spüren bekommen sie aber Menschen, die zu 95 % in sog. Entwicklungs- und Schwellenländern leben – viele von ihnen sogar in den allerärmsten Ländern (Least Developed Countries). Sie bezahlen für zu hohe CO₂-Emissionen mit ihrem Leib und Leben und mit dem Verlust ihrer Lebensgrundlagen, mit der zunehmenden Unbewohnbarkeit ganzer Regionen und der Bedrohung von Leib und Leben. Gleichzeitig fehlen ihnen aufgrund ihrer Armut die Ressourcen, sich an die neuen klimatischen Gegebenheiten – etwa durch Umstellung ihrer Landwirtschaft oder durch Vorratshaltung oder sturmsichere Hausbauweise - anzupassen. Dabei haben die Entwicklungsländer historisch gesehen, nur ein Fünftel der Emissionen verursacht und entsprechend ‚hatten sie von ihnen nicht einmal was‘ im Sinne von industrieller Entwicklung und Wohlstand. Auch wenn einige Schwellenländer nun zu den Hauptemittenten gehören, wie China und Indien, sind die Länder, die den Klimawandel am

meisten zu spüren bekommen, am wenigsten dafür verantwortlich. Sie bezahlen stattdessen mit dem Verlust ihrer Lebensgrundlagen für unseren Aufstieg zu den reichsten Ländern und für unseren Wohlstand.

b. Wie wirkt sich der Klimawandel konkret auf die Situation von Menschen im Süden aus?

- Durch den weltweiten Anstieg des Meeresspiegels versinken ganze Gruppen kleiner Inseln (z.B. Kiribati und Tuvalu im Pazifik) und Küsten- sowie Deltaregionen im Wasser (z.B. in Bangladesh) und werden unbewohnbar.
- Hitzewellen machen ganze Regionen zu für Menschen und Nutztieren nicht mehr bewohnbaren Gegenden, unregelmäßige Regenfälle und veränderte Niederschlagsmengen führen zum Ausfall oder zur Verschlechterung der Ernten, d.h. zum drastischen Rückgang der Nahrungsmittelproduktion in der Region, zum Versiegen von Flüssen, Seen und Wasserquellen, d.h. zur Wasserverknappung mit den Folgen Wüstenbildung und lokalen bzw. regionalen Ressourcenkonflikten
- die Erwärmung der Meere mit der Folge des vermehrten Entstehens von immer häufiger wiederkehrenden Wirbelstürmen (Taifunen/Tornados/Zyklonen) führt einerseits zu Zerstörung von Infrastruktur, Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, andererseits zu übermäßigen Regenfällen mit der Folge von Erdrutschen und Überschwemmungen und damit zur temporären Unbewohnbarkeit ganzer Regionen. Andererseits wird dadurch langfristig Salzwasser durch die Flussmündungen und Deltas ins Landesinnere gedrückt mit der Folge der chronischen Versalzung von Flüssen, Brunnen und Feldern und infolge Wassermangel für Mensch und Tier und Unbebaubarkeit der Felder. Die Erwärmung der Meere bringt auch das Absterben mariner Ökosysteme und damit von Fischbeständen mit sich und entzieht damit den Küstenbewohnern die Einkommens- und Ernährungsbasis.
- das Abschmelzen der Gletscher, wovon alle Staaten betroffen sind, deren große Wasserläufe aus den Gletschern z.B. des Himalaya, stammen, bringt zunächst Überschwemmungen und Zerstörungen der Flussläufe mit sich, später Dürren entlang der trocken fallenden Flussläufe mit der Folge des Rückgangs der Nahrungsmittelproduktion.

Klimawandelfolgen machen Flucht/Migration nicht nur für immer mehr Menschen notwendiger und wahrscheinlicher. Gleichzeitig machen sie sie für extrem viele Menschen auch immer weniger möglich, weil die schleichende Verschlechterung der Lebens- und Ernährungssituation vieler durch den Klimawandel sie über Jahre langsam aber sicher ihrer letzten Reserven beraubt. Das ist ein Grund dafür, dass wir vom Klimaflucht/migrations-Phänomen noch wenig spüren, weil die meisten Binnenflüchtlinge aufgrund mangelnder Ressourcen im eigenen Land sind oder in ihrer Region verblieben sind, statt weite Reisen auf sich zu nehmen. Dabei wäre geplante und pro-aktive Umsiedlung sogar eine sinnvolle Maßnahme, da die meisten in Regionen ausweichen, die häufig noch prekärer sind und wo sie mit anderen Armen in Wettbewerb treten und nach einer Weile erneut aufbrechen müssen oder zum Aufbruch Anderer beitragen. Geplante und gut organisierte Migration würde den Betroffenen helfen, eine längerfristige neue Perspektive aufzubauen und würde andere Regionen vor der Destabilisierung bewahren.

c. Was tun?

Klimaschutz ist Ursachenbekämpfung! Wer dazu beitragen will, die Zahl der potentiellen „Klimaflüchtlinge“ weltweit in Grenzen zu halten, sollte den Kampf gegen den Klimawandel und das

Eintreten für ausreichend Finanzmittel für Präventions- und Anpassungsmaßnahmen und für Kompensation bitterernst nehmen und so für Klimagerechtigkeit eintreten.

Hier möchte ich nur kurz notwendige Maßnahme auf vier Ebenen ansprechen:

- **Humanitäre Hilfe** als kurz- und mittelfristiges Instrument zum Überleben akuter Krisen- und Notlagen im betroffenen Land und der umgebenden Region. Sie muss ausreichend und langatmig sein, um die Menschen auch in der – in der Regel sehr langwierigen Wiederaufbauphase - zu unterstützen und der Wiederaufbau muss zum einen den Übergang zur strukturellen Entwicklungszusammenarbeit schaffen und bereits die Prävention im Blick haben.
- **Folgenabmilderung:** Für Risikogebiete braucht es dringend exakte Risikoanalysen und entsprechende Risikominderungs- und Präventionsmaßnahmen. Die betroffene Bevölkerung braucht ferner Unterstützung bei Klimaanpassungsmaßnahmen, um sich auf nicht mehr abzuwendende klimabedingte Veränderungen mit ihrer Lebensweise und Landwirtschaft einzustellen. Sie braucht Maßnahmen zur Stärkung ihrer Resilienz, d.h. Widerstandskraft. In diesen Handlungsfeldern ist die Diakonie Katastrophenhilfe – neben aller Akuthilfe- zunehmend engagierter.

Menschen in definitiv dauerhaft unbewohnbar gewordenen Gebieten benötigen die Unterstützung ihrer Regierung (und die wiederum u.U. die dafür nötige internationalen Finanzierung) für Umsiedlungsmaßnahmen – Migration kann eine sinnvolle gezielte Anpassungsmaßnahme sein, die keine Regierung zu unterbinden suchen sollte.

Schließlich muss der Klimawandel völkerrechtlich endlich als Fluchtursache anerkannt werden, damit die Flüchtlinge, die Staatsgrenzen überschreiten müssen, einen Rechtsstatus und Schutz genießen. Mit der Nansen-Initiative ist seit Ende 2012 hier endlich Bewegung in die internationale Diskussion gekommen. Hier braucht es viel internationale Solidarität – speziell bei der Aufnahme und der Finanzierung.

- **Klimaschutz in Deutschland** ist Fluchtursachenbekämpfung! Nur wenn es gelingt, bis 2020 40% der Treibhausgasemissionen (im Vgl. zum Basisjahr 1990) zu reduzieren, kann es gelingen, die Erderwärmung auf 2 Grad zu begrenzen. Zur Zeit liegt Deutschland bei 27% und ist einer der Hauptverursacher für Klimaschäden (Platz 6 der Emittenten hinter China, USA, Russland, Indien und Japan)

Deshalb sollte die Bundesregierung die Klimawende mit ihrer eigenen Klimapolitik systematisch und vorbildhaft betreiben und so den anderen Emittenten wie dem Süden glaubwürdig vorleben, dass eine kohlenstoffarme Entwicklung machbar und lohnenswert ist, Langfristig geht es um den Ausstieg aus der fossilen Energie, kurzfristig darum um die Verabschiedung von den ältesten Braunkohlekraftwerken, damit die Energiewende nicht scheitert und ein falsches Signal für Paris gesetzt wird.

- **Klimaschutz international:** Die Bundesregierung sollte auf dem UN-Klimagipfel im Dezember 2015 in Paris für das 2 Grad-Ziel und damit für deutlich höhere Reduktionsambitionen Deutschlands und Europas eintreten und mit dazu beitragen, dass in Paris ein robustes, messbares, transparentes internationales Klimaregime völkerrechtlich vereinbart wird, das

ein regelmäßiges Monitoring der Zielerreichung für alle Staaten vorsieht. Schritte für ein erneuerbares Energieszenario müssen verbindlich festgelegt werden, so dass ab 2015 das post-fossile Zeitalter definitiv eingeleitet ist. Es müssen angemessene Klimafinanzierungszusagen gemacht werden an arme Länder, die die Last der Klimaanpassungsmaßnahmen tragen müssen und ein ‚loss and damage‘ Mechanismus festgelegt werden, der den Entwicklungsländern die nicht mehr abwendbaren Schäden und Verluste kompensiert. Die Bundesregierung muss mit ihren Zusagen zu Emissionsreduktionszielen sowie mit ihren Finanzierungszusagen vor, in und nach Paris mit gutem Beispiel vorangehen, um andere Willige zu motivieren. Und sie sollte sich – midterm – deutlich zugunsten rechtlicher Regelungen und Finanzierungsmaßnahmen für Resettlementmaßnahmen für Klimaflüchtlinge engagieren.

- **Kirche und Diakonie** sollten ihre eigene Energieversorgung endlich auf klimagerechte Versorgung umstellen und dabei insgesamt den Energiebedarf senken. Sie sollten ihre Gebäude energetisch sanieren und das Mobilitätsverhalten ihrer Mitarbeitenden, Ehrenamtlichen und Gremienmitglieder klimafreundlich umstellen helfen.